Stand: 29.08.2025 05:37:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7325

"Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7325 vom 03.07.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8927 des UV vom 11.11.2015
3. Beschluss des Plenums 17/9121 vom 24.11.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.11.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.07.2015 **Drucksache 17/7325**

Antrag

der Abgeordneten **Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Hans Ritt CSU**

Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu folgenden Fragen zu berichten:

- Welche Erkenntnisse zu Urankonzentrationen auf landwirtschaftlichen Flächen sowie im Grundwasser liegen der Staatsregierung vor?
- Welchen Forschungsbedarf sieht die Staatsregierung bzw. die Bundesregierung im Hinblick auf das ökotoxikologische Verhalten von Uran?
- Sind zur Problematik derzeit weitere Forschungsvorhaben geplant oder werden bereits durchgeführt?
- Gibt es technische Möglichkeiten, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Rohphosphate aufzubereiten und dabei den Schadstoff-, insbesondere den Urangehalt wesentlich zu reduzieren?
- Welche Maßnahmen hält die Staatsregierung für sinnvoll, um die unerwünschte Anreicherung von Uran in Böden im Zuge der Düngung landwirtschaftlich genutzter Flächen mit mineralischen Phosphatdüngern zu begrenzen (z.B. Änderung des einschlägigen Bundes- oder Europarechts)?
- Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung bezüglich des Urangehalts phosphathaltiger Reinigungsmittel (z.B. Geschirrspülmittel) und einem daraus resultierenden möglichen Stoffeintrag in die Umwelt vor?

Begründung:

Nach Feststellungen des Umweltbundesamts aus dem Jahre 2012 schwanken die Urangehalte in Böden naturbedingt zwischen < 1 mg/kg und ca. 5 mg/kg Boden. Im Grundwasser variieren die Urankonzentrationen zwischen < 0,001 µg/l und ca. 10 µg/l. Der Grenzwert für Uran in Trinkwasser liegt bei 0,01 mg/l (= 10 µg/l).

Durch menschliches Tun wird Uran in die Böden insbesondere mit der Verwendung uranbelasteter, mineralischer Phosphatdünger auf landwirtschaftlich genutzten Flächen eingetragen. Eine Reduzierung des Eintrags durch Entfernung von Uran aus den Rohphosphaten ist nach Aussage des Umweltbundesamts technisch möglich. Um die unerwünschte Anreicherung von Uran in Böden im Zuge der Düngung landwirtschaftlich genutzter Flächen mit mineralischen Phosphatdüngern zu begrenzen, setzt sich das Umweltbundesamt unter Vorsorgeaspekten für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht von Phosphatdüngern ab einem Urangehalt von 20 mg/kg P_2O_5 sowie für die Festlegung eines Uran-Grenzwerts in Höhe von 50 mg/kg P_2O_5 ein. Nach neueren Untersuchungen findet sich Uran auch in Geschirrspülmitteln. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit sowie der Umwelt gilt es, Belastungen so gering wie möglich zu halten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.11.2015 **Drucksache 17/8927**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Drs. 17/**7325**

Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Tanja Schorer-Dremel**
Mitberichterstatter: **Klaus Adelt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 1. Oktober 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 11. November 2015 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.11.2015 **Drucksache 17/9121**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Hans Ritt CSU**

Drs. 17/**7325**, 17/**8927**

Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu folgenden Fragen zu berichten:

- Welche Erkenntnisse zu Urankonzentrationen auf landwirtschaftlichen Flächen sowie im Grundwasser liegen der Staatsregierung vor?
- Welchen Forschungsbedarf sieht die Staatsregierung bzw. die Bundesregierung im Hinblick auf das ökotoxikologische Verhalten von Uran?
- Sind zur Problematik derzeit weitere Forschungsvorhaben geplant oder werden bereits durchgeführt?
- Gibt es technische Möglichkeiten, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Rohphosphate aufzubereiten und dabei den Schadstoff-, insbesondere den Urangehalt, wesentlich zu reduzieren?
- Welche Maßnahmen hält die Staatsregierung für sinnvoll, um die unerwünschte Anreicherung von Uran in Böden im Zuge der Düngung landwirtschaftlich genutzter Flächen mit mineralischen Phosphatdüngern zu begrenzen (z.B. Änderung des einschlägigen Bundes- oder Europarechts)?
- Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung bezüglich des Urangehalts phosphathaltiger Reinigungsmittel (z.B. Geschirrspülmittel) und einem daraus resultierenden möglichen Stoffeintrag in die Umwelt vor?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich nun um das Handzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
   Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa
   COM (2015) 192 final
   BR-Drs. 212/15
   Drs. 17/7542, 17/8924 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
   Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser
   Drs. 17/7325, 17/8927 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Patienten besser vor gefährlichen Medizinprodukten schützen!
Drs. 17/7555, 17/9060 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Innovationsfähigkeit des Wissenschaftssystems erhalten
Drs. 17/7558, 17/9051 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine neuen Legehennenkäfige mehr in Bayern
Drs. 17/7640, 17/8928 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Horst Arnold u.a. SPD
Bessere Kennzeichnung der Herkunft und Haltungsform bei allen Fleischprodukten
Drs. 17/7641, 17/8929 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bericht zur Sachlage des Verkaufs und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln
Drs. 17/7689, 17/8931 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Förderung der nachhaltigen Tourismusentwicklung
Drs. 17/7883, 17/8760 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme – Landtag mit einbeziehen!
Drs. 17/8093, 17/8948 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prestigeprojekte in ein gesamtbayerisches Kulturkonzept einbetten
Drs. 17/8203, 17/9052 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen entlasten, Rechtssicherheit herstellen - der Bund soll für Schäden durch Asylbewerber und Flüchtlinge aufkommen
Drs. 17/8421, 17/8949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausstellung "Großbaustelle 793" auch in Franken präsentieren
Drs. 17/3103, 17/8930

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Alternative Modelle der Erzieherausbildung erproben – Qualitätsmerkmale verankern
Drs. 17/7283, 17/8947

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.